Don't trust the Germans?

Anmerkungen zum Deutschland-Bild in der britischen Presse*

Gert-Joachim Glaeßner

»Don't trust the Germans« überschreibt Roger Scruton, ein Vordenker der Konservativen und Herausgeber von »Salisbury Review« auf dem Höhepunkt der erneuten Raketendiskussion und am Vorabend des NATO-Gipfels einen Artikel im »Sunday Telegraph«. Deutschlands *»Gier nach Détende mit der Sowjetunion«* bedeute eine ernste Bedrohung der Sicherheit. Die Westdeutschen seien nicht länger gewillt, die Politik der Abschreckung zu unterstützen, ihre Weigerung, die Kurzstreckenraketen zu modernisieren, komme einer Entscheidung zur einseitigen Abrüstung gleich, früher oder später würden die Amerikaner bemerken, daß ihre Truppen in Deutschland ohne effektiven Schutz seien, und sich aus Europa zurückziehen. Die westliche Allianz werde dann zerfallen, und das langfristige Ziel sowjetischer Politik sei erreicht. Nicht Friede und dauerhafte Entspannung, nicht ein gemeinsames europäisches Haus ist in der Sicht Scrutons das Ergebnis dieses Prozesses, sondern: *»Der Eiserne Vorhang wird hochgezogen, jedoch nur, um wieder zu fallen – in den Atlantik. West-Deutschland hat jetzt eine entscheidende Abwendung von der westlichen Allianz vollzogen.«*[1]

* Ich danke der British Academy für die Einladung als Visiting Professor und Professor Ian Wallace, University of Loughborough, für viele anregende Gespräche und Diskussionen über die Deutschen und die deutsche Frage.

1 Roger Scruton, »Don't trust the Germans. Far from offering the greatest hope for the future of Europe, West Germany's eagerness for détente with the Soviet Union poses a serious threat to our security«, in: Sunday Telegraph, 21. 6. 1989.

Ein ganz anderes Bild wird wenige Tage später in einem Leitartikel des »Independent« gezeichnet: »The best Germany we have had« lautet der Titel. Deutschland, das, anders als Großbritannien, Frankreich oder Spanien, immer eine fließende Einheit gewesen sei, die rastlos und destruktiv expandierte, um schließlich zusammengestutzt und geteilt zu werden, habe sich in seinem westlichen Teil zum ökonomisch gesündesten, demokratischsten und zivilisiertesten Staat entwickelt, der je auf deutschem Boden bestanden habe. Dies sei ein Tribut an *»die harte Arbeit und Vernunft eines Volkes, das durch den Schrecken des Krieges ernüchtert wurde«*, und an die Überzeugung der Alliierten, die das Grundgesetz, auf dem das neue Staatswesen basiert, wesentlich mitgeformt haben.

Zugleich aber werden merkwürdige Unklarheiten und Unsicherheiten konstatiert: Den Menschen eines Landes, das nur vierzig Jahre alt ist, fehle ein *»Gefühl nationaler Identität«*. Der Grund sei, daß die deutsche Geschichte sowohl breiter als auch schmerzvoller sei als die räumlich und kulturell begrenzte Bundesrepublik. *»Die West-Deutschen suchten zuerst einen Ausweg in harter Arbeit und dann im Bestreben, gute Europäer zu sein, indem sie einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Wiedergeburt Europas und zur Bildung der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft leisteten. Der materielle Erfolg konnte aber nicht die spirituellen Bedürfnisse eines Volkes befriedigen, das lange zu abstrakten Sehnsüchten neigte; und der West-Europäismus wurde bald ergänzt durch Willy Brandts Ostpolitik. Das föderale System und die Abwesenheit einer Hauptstadt bestärkten die regionale Entwicklung und kulturelle Dezentralisierung, tat aber nichts, um ein Gefühl nationaler Identität zu fördern.«*[2]

Dem Selbstverständnis des Blattes gemäß, auch divergierenden Meinungen Raum zu geben, erscheint einige Zeit später im »Independent« ein Artikel, der sich mit der Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter aus Anlaß des 40. Geburtstages der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Der Autor formuliert Unbehagen, ja die Furcht vor den Deutschen ebenfalls bereits im Titel: »Keeping the Germans on a leash« – die Deutschen an der Leine halten. Er konstatierte unter der Oberfläche eine gewisse Nervosität im Westdeutschen Establishment. Die Befürchtung westdeutscher Politiker, Wirtschaftler und Journalisten sei, daß die intransigente Haltung der britischen Regierung, vor allem Frau Thatchers, zur Raketenfrage und zur EG dazu angetan sei, einen *»German-Alleingang«* zu einer gefährlichen und unwiderstehlichen Kraft in der Politik der Bundesrepublik zu machen: *»Ihre Befürchtungen haben nichts damit zu tun, daß der Nazismus, oder irgend etwas Vergleichbares, wieder populär werden könne. Es hat mehr mit der Zentraleuropa innewohnenden politischen und ökonomischen Geographie zu tun.«*[3]

Die geopolitische Lage Deutschlands stellt für viele britische Kommentatoren einen Grund zur Besorgnis dar. Solange der kalte Krieg das Klima in Europa bestimmte, waren die Deutschen sicher im westlichen Bündnis verankert, jetzt, wo sich angesichts der inneren und äußeren Wandlungen der östlichen Führungsmacht Sowjetunion weitreichende Veränderungen der europäischen politischen Landschaft andeuten, macht sich eine gewisse Unsicherheit darüber breit, wohin der Weg der Deutschen geht.

Die heftige Diskussion über die Kurzstreckenraketen und der NATO-Gipfel, der 40. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland und der Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten in Bonn gaben der britischen Presse Anlaß genug, über Deutschland und die Deutschen zu reflektieren.

Es waren vor allem drei Fragen, die die Kommentatoren bewegten und die in allen Diskussionen über Deutschland immer wieder gestellt wurden:

1. Welche Rolle wird die Bundesrepublik in der westlichen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft in Zukunft spielen? Auch scharfe Kritiker von Frau Thatcher teilen häufig ihre Sorge vor einer deutschen Dominanz in der EG oder einer deutsch-französischen Allianz.

2 »The best Germany we have had«, in: The Independent, 25. 5. 1989.
3 Peter Kellner, »Keeping the Germans on a leash«, in: The Independent, 12. 6. 1989.

2. Wie wird sich das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion entwickeln?
3. Haben das Ende des kalten Krieges und die Auflösungserscheinungen der kommunistischen Ideologie und des einstmals fest gefügten »sozialistischen Lagers« die territoriale Neuordnung Europas, insbesondere die Wiedervereinigung Deutschland, zur Folge, und was bedeutet eine solche Perspektive für die westlichen europäischen Staaten, insbesondere Großbritannien?

Die Deutschen und die westliche Gemeinschaft

»Es besteht langfristig eine Gefahr, hervorgerufen durch die wachsende diffuse Übereinstimmung in der west-deutschen Meinungsbildung, die eine Neutralisierung im Austausch für die Wiedervereinigung mit Ost-Deutschland favorisiert. Hinzu kommt ein wachsendes Getöse in den Vereinigten Staaten zugunsten eines Abzugs der amerikanischen Truppen von einem Kontinent, der zunehmend unwillig erscheint, sich selbst zu verteidigen.«[4]

Das Gespenst deutscher Neutralitätsbestrebungen, das hier in einem Leitartikel des konservativen »Daily Telegraph« gezeichnet wird, beunruhigt nur wenige britische Kommentatoren. Die Frage aber, was aus der westlichen Allianz werden wird, und welche Rolle die Deutschen in ihr spielen, ist Anlaß zu vielfältigen Überlegungen, oft zur Sorge. Der »Independent« bemerkt in einem Leitartikel, daß die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa und damit implizit die Zukunft der westlichen Allianz von der Bereitschaft der Deutschen abhänge, auf ihrem Boden auch weiterhin nukleare Waffen stationiert zu haben. Der Kommentator zweifelt allerdings an dieser Bereitschaft. Der ideologische und materielle Bankrott des sowjetischen Kommunismus sei *»ein historischer Sieg der NATO und der liberalen und demokratischen Werte«* gewesen, für die sie steht.[5] Jetzt, nahe am Triumph, angesichts der Veränderungen in Ost-Europa, des wachsenden Einflusses demokratischer Werte und des Ausbaus der Marktwirtschaften und schließlich der Chance weitreichender Abrüstung sei die westliche Allianz gespalten wie nie in ihrer Geschichte. Dies sei nicht nur paradox, sondern in gewisser Weise auch konsequent, bestehe doch die NATO aus 16 höchst unterschiedlichen demokratischen Ländern mit Regierungen, deren politische Couleur weit auseinandergehe. Es sei daher nur zu verständlich, daß sie aus den Umwälzungen in Osteuropa verschiedene Schlüsse zögen. Die *»Desintegration des letzten Imperiums der Welt«*[6] nährt Hoffnungen und Wünsche und läßt die Notwendigkeit eines Verteidigungsbündnisses in anderem Licht erscheinen. Daß die Deutschen von diesem Prozeß der Veränderung in besonderer Weise tangiert sind, wundert niemanden. Aber nur wenige sind, wie der Kommentator des linksliberalen »Guardian«, bereit, dieser besonderen *»Empfindsamkeit«* der Deutschen eine positive Seite abzugewinnen. Daß die *»Raketendebatte«* zu einer Diskussion über *»die Vorrangstellung und Hierarchie in der westlichen Allianz, über den richtigen Approach gegenüber der Sowjetunion unter Gorbatschow und über die Zukunft beider Hälften des geteilten Deutschland«*[7] geworden ist, sei ein positives Ergebnis des Bonner Insistierens auf deutschen Interessen (das ohne Zweifel auch mit Parteiinteressen der handelnden Personen verquickt gewesen sei).

Die deutsche Position habe einen katalytischen Effekt gehabt. *»Es war Bonn, das die amerikanischen Sinne für die wirklichen Probleme geöffnet hat, wie sie von den meisten Europäern gesehen werden – und dafür schuldet ihm der Rest von uns in der NATO Dank.«*[8]

Timothy Garton Ash betont demgegenüber die Gefahren, die ein voreiliger und im Überschwang positiver Gefühle vollzogener Wechsel im politischen und strategischen Denken der Westdeutschen mit sich bringt. *»Nüchtern geurteilt, ist West-Deutschland jetzt auf dem besten Wege, sich einen besonders schlechten Dienst für die nächste Zeit zu leisten: Reduzierung der militärischen Sicherheit ohne guten*

4 »Resolve and openness« in: The Daily Telegraph, 29. 5. 1989.
5 »Nato divided in victory«, in: The Independent, 29. 5. 1989.
6 Nigel Hawkes, »Facing up to Europe without frontiers«, in: Observer, 4. 6. 1989.
7 »Germany unlocks the great debate«, in: The Guardian, 31. 5. 1989.
8 Ebenda.

Grund und ohne die Wahrscheinlichkeit eines positiven Effekts.«[9] Denn Ash hält wenig von unilateralen Bestrebungen der Deutschen (ebensowenig wohl wie von denen anderer NATO-Mitglieder), die zwar heute nicht lebensgefährlich seien, aber keineswegs automatisch die gewollte *»Refolution«* (Reform-Revolution) in Ost-Europa förderten. Aber schließlich und letztlich würden die Deutschen doch tun, was sie wollten, lautet sein Resümee. Nicht nur das, *»letztlich wird die NATO tun, was West-Deutschland will. Das ist die Lektion der jüngsten Kontroverse. Gezwungen, zwischen London und Bonn zu wählen, wird Washington mit London sympathisieren und sich Bonn anschließen. Das sind die Realitäten der Macht in den 1990er Jahren.«*[10]

Die Deutschen und die Sowjets

»Bevor die Deutschen den Wind der Veränderung spürten«, sagte Claude Cheysson in einem Interview im Fernsehen der BBC I am 28. 5. 1989, waren *»unsere Deutschen voll integriert«*. Man müsse darauf achten, daß es so bleibe. Viele Beobachter würden sicher Nigel Hawkes zustimmen, der in der Nachlese des Gorbatschow-Besuches bemerkte, daß die gemeinsame deutsch-sowjetische Deklaration und das Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses *»gefährlich mit Erwartungen belastet«* seien, obwohl seine Fundamente noch unvollständig sind.[11]

Man ist skeptisch gegenüber der Dauerhaftigkeit und Unumkehrbarkeit der Perestroika – eine Skepsis, die sich nach der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung in Peking eher noch verstärkt hat – und man steht der Euphorie in Deutschland mit äußerster Distanz gegenüber. Die Vorstellung, der kalte Krieg sei zu Ende, hält Lawrence Freedman für unzulässig vereinfacht. Die Nachrufe auf den kalten Krieg seien sowohl zu spät als auch zu früh. Zu spät, weil seine gefährlichste Dimension, das Umschlagen in einen heißen Krieg, nach der Berlin- und Kuba-Krise weitgehend beseitigt war. Zu früh, weil ein gemeinsames Europa und eine Auflösung der Blöcke noch in weiter Ferne liegen.

»Unglücklicherweise ermutigt die gegenwärtige Situation umfassenden Wandels utopische Entwürfe der Zukunft, als ob die Diskreditierung des Marxismus-Leninismus und die Beschränkung des sowjetischen Einflusses genügen, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Das Ende des gefährlichsten Stadiums des kalten Krieges wurde während der Nixon-Breschnew Détente in den frühen 70er Jahren besiegelt ... Détente bedeutete, zu lernen, mit der Teilung Europas nach dem Krieg zu leben.«[12]

Das Gefühl, daß man den kalten Krieg gewonnen habe, dürfe nicht zu einer Unterschätzung der Gefahren führen, die den zukünftigen Weg Europas begleiten. Der auf der Hand liegende Grund für Vorsicht ist aus der Sicht Freedmans die Tatsache, daß *»der sowjetische Block noch nicht fragmentiert«*, sondern noch sehr einheitlich ist. Auch wenn die gegenwärtige Bewegung nicht ohne weiteres zurückzudrehen ist, bleiben weitere Gefährdungen und Unsicherheiten: *»Wir würden gern daran glauben, daß diese Bewegung in Richtung einer liberalen Demokratie westlichen Stils zielt. Aber die unter Glasnost freigelassene mächtigste Kraft war der Nationalismus. Wir würden gern daran glauben, daß politische Reformen die Bedingungen für ökonomischen Fortschritt schaffen, aber bislang gibt es nur wenig Evidenz, daß dies geschieht. Wenn es nicht geschieht, kann die Kombination von ökonomischer Verzweiflung und frustriertem Nationalismus eine gefährliche Mischung ergeben.«*[13]

Die Frage, wie die neue Ordnung in Europa, die aus dem östlich-westlichen Tauwetter zu entstehen scheint, aussieht, ist heute positiv kaum zu beantworten, eher schon die nach den Konsequenzen der veränderten politischen Situation für die gegenwärtige Ordnung. Unbestritten scheint zu sein, daß die Koinzidenz von unverkennbaren Differenzierungen, wenn nicht gar Auflösungserscheinungen innerhalb des westlichen Bündnisses, und dem Zusammenwachsen (West)Europa, nach 1992 von der

9 Timothy Garton Ash, »Aprecarious balance on two summits«, in: The Independent, 26. 5. 1989.
10 Ebenda.
11 Nigel Hawkes, »Fatherland in display of maternal in stincts«, in: Observer, 18. 6. 1989.
12 Lawrence Freedman, »A new order emerging in the thawn«, in: The Independent, 5. 5. 1989.
13 Ebenda

Frage des Ost-West-Verhältnisses und der deutschen Frage nicht getrennt werden kann. Wenn die Rationalität des westlichen Bündnisses in den Worten von Churchills militärischem Berater und dem ersten NATO-Generalsekretär Lord Ismay darin bestand, *»to keep the Americans in, to keep the Russians out, and to keep the Germans down«*, so stellt sich heute die Frage, ob und wie diese Formel verändert werden muß. Peter Kellner beantwortet sie wie folgt: Das alte Konzept funktionierte, solange *»die Sowjetunion die ihr zugewiesene Rolle als Herrscher im Reich des Bösen spielte. Die russische Bedrohung rechtfertigte das Bestehen der NATO, während die Stärke der NATO die Deutschen davon abhielt, sich Gedanken über ihre Position zu machen.«*[14] Heute gehe es darum, einen deutschen *»Alleingang«* zu verhindern und eine neue Haltung gegenüber der Sowjetunion zu finden. Das neue Motto müsse lauten: *»to help the Russians up, and keep the Germans in«*.

Wiedervereinigung ante portas?

Nigel Hawkes, Diplomatic Editor des »Observer«, nennt in einem Artikel über das Ende des kalten Krieges den aus der Sicht vieler Briten entscheidenden Aspekt aller Überlegungen über eine Überwindung und Auflösung der Blöcke und einer Demokratisierung Osteuropas: *»Eine der wichtigsten Implikationen ... wird die Wiedervereinigung Deutschlands sein, und das ist etwas, dem viele andere Europäer und die Russen mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Ein von Deutschland dominiertes Europa ist in der Vergangenheit nie ein Rezept für Frieden und Stabilität gewesen. Haben sich die Dinge heute so unwiderruflich geändert, daß sich die Supermächte hinwegstehlen können, ohne das Europa in seine alten schlechten Verhaltensweisen zurückfällt?«*[15]

Deutschland, die beiden deutschen Staaten und Gesellschaften und die Frage nach ihrer Zukunft werden als Schlüssel der zukünftigen europäischen Entwicklung betrachtet. *»Die Zukunft Europas«*, so formuliert es William Wallace, stellvertretender Direktor des Royal Institute of International Affairs, *»dreht sich um die Zukunft Deutschlands«*.[16]

Ein entscheidendes Element der bisherigen westlichen Haltung zum Problem der deutschen Spaltung war die stillschweigende Übereinkunft, daß *»die Mitgliedsregierungen der NATO eine formale Verpflichtung für die Wiedervereinigung als Teil eines Pakets akzeptierten, das die Bundesrepublik in die Allianz brachte ... Amerikanische Präsidenten und britische Premierminister erneuerten von Zeit zu Zeit diese symbolische Verpflichtung für die deutsche Wiedervereinigung, sicher im Wissen darum, daß keine wirklichen Bewegungen in diese Richtung möglich waren.«*[17]

William Wallace sieht keine Gefahr, daß West-Deutschland von einer zur anderen Seite desertiert, wie dies implizit eine Reihe anderer Autoren tun. Der Joker in früheren Ost-West-Spielen sei die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung gewesen. *»Aber es ist heute weder klar, ob Herr Gorbatschow genügend Kontrolle über die DDR hat, um einen solchen Vorschlag zu machen, noch ob die meisten Westdeutschen ihren gegenwärtigen Wohlstand riskieren würden, um sie zu erreichen ... Die Mehrheit der Bevölkerung wurde geboren, nachdem die Bonner Republik gegründet wurde. Sie zahlen widerwillig Steuern, um die schwächeren Ökonomien in Südeuropa und Ostdeutschland zu unterstützen; und sie bemerken, daß jede weitere Öffnung Osteuropas für sie neue Forderungen nach mehr Geld bedeuten würde ... Die meisten Westdeutschen möchten mehr und offenere Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, weniger Truppen auf ihrem Boden, weniger Flugzeuge, die ihre Ruhe stören. Aber das ist das Verlangen nach einem ruhigeren Leben, nicht nach Überwindung der gegenwärtigen europäischen Ordnung, mit allen Risiken und Kosten, die dies zur Folge hätten.«*[18]

Diese Einschätzung wird auch von anderen Beobachtern der Bundesrepublik geteilt. Die Westdeutschen, befragt, ob sie denn die Wiedervereinigung wünschten, würden nach Auffassung von Nigel Hawkes antworten:

14 Peter Kellner, »Keeping the Germans on a leash«, a. a. O.; (Anm. 3); vgl. auch: Theo Sommer, »Aus dem Bollwerk in die Zukunft«, in: Die Zeit, 2. 6. 1989.
15 Nigel Hawkes, »Facing up to Europe«, a. a. O. (Anm. 6).
16 William Wallace, »Germany is the key as Europe emerges from the post-war ice«, in: The Independent, 14. 6. 1989
17 Ebenda.
18 Ebenda.

»Warum nicht?« Doch hinter dieser instinktiven Reaktion sei eine weitgehende Akzeptanz des gegenwärtigen Zustandes zu registrieren, und die Deutschen in der Bundesrepublik hätten keineswegs das *»tiefe Verlangen«* nach Wiedervereinigung, das von manchen ausländischen Kommentatoren wahrgenommen werde.[19]

Was die Westdeutschen gerne für ihre Brüder auf der anderen Seite der Grenze hätten, ist die Freiheit der Wahl, *»und Gorbatschows Politik bietet das an, falls der Geist von Glasnost sich auf den Weg nach Ost-Berlin macht«*[20]. Im Augenblick bleibe den Führern in Ost-Berlin nichts anderes übrig, als mit Schrecken nach Bonn zu schauen, wo Gorbatschow weiter als je in Blick auf die Beseitigung der Berliner Mauer und die Lösung der »deutschen Frage« gegangen sei.

Viele sehen es als eine Ironie des Schicksals an, daß ausgerechnet der Staat, den die Bundesrepublik in der Vergangenheit *»mit der größten finanziellen Unterstützung überhäuft«* und zu einem *»ehrenamtlichen Mitglied«* der EG gemacht hat, derjenige ist, der zuletzt an Reform denkt. Aber auch in Ost-Berlin seien Zeichen für eine Veränderung erkennbar.

Daß all diese Bewegung für Bonn nicht ohne Probleme ist, scheint die übereinstimmende Meinung der Kommentatoren zu sein, auch wenn sie im einzelnen unterschiedliche Schlüsse ziehen. Immer wieder wird die Diskrepanz zwischen Wiedervereinigungsrhetorik und der tatsächlichen oder vermuteten Haltung der Bevölkerung zu diesem Problem betont. *»Und jenseits der Rhetorik über die Berliner Mauer wäre Bonn entsetzt, wenn sie morgen abgebaut würde und nichts getan worden wäre, um das Leben hinter ihr zu verbessern. Denn das würde einen Zustrom von Ostdeutschen in ein Land bedeuten, das bereits die Belastungen spürt, die die Aufnahme einer großen Zahl von Deutschstämmigen aus der Sowjetunion und Rumänien verursacht.«*[21]

Skepsis ganz anderer Art meldet Hugh Trevor-Roper an. Die politischen Systeme in beiden deutschen Staaten bestehen heute seit 44 Jahren. *»Institutionen – gegensätzliche, nicht vergleichbare Institutionen – sind gegründet worden und haben auf jeder Seite der neuen inneren Grenze Wurzeln geschlagen. Diese Institutionen sind jetzt Teil des Lebens und des Verhaltens aller Deutschen. Die Grenze mag über Nacht verschwinden, aber diese Institutionen und diese Verhaltensweisen würden es nicht. Ebensowenig würden es die unterschiedlichen Interessen auf beiden Seiten. Heute erinnern sich nur alte Rentner an ein Leben in einem geeinten Deutschland. Wie würde die Wiedervereinigung beginnen? Als Allianz? Als Föderation? Als Koalition? Haben solche Experimente jemals zwischen kapitalistischen und kommunistischen Staaten oder Parteien funktioniert? Die Geschichte stellt keine tröstlichen Beispiele bereit. Vielleicht würde, wenn die Kontrollen aufgehoben werden, Ostdeutschland sich wie eine Schnecke zusammenziehen. Aber wäre das nicht eine Revolution, eine Destabilisierung Europas, das für 44 Jahre in einem balancierten Frieden gelebt hat.«*[22]

Die entscheidenden Fragen, auch bei Trevor-Roper, sind: Wollen die Deutschen wirklich die Wiedervereinigung, und *»wie kann sie erreicht werden, ohne das delikate Gleichgewicht in Europa zu zerstören, das auf seiner Teilung beruht hat«.*[23]

Die Furcht, daß eine Störung dieses mühsam austarierten Gleichgewichtes in Zukunft für neue Krisen und Konflikte sorgen könnte, zieht sich durch die Argumentation vieler Autoren. Deutlich formuliert wird sie bei Peter Kellner, der schreibt: *»Ob die beiden Deutschlands sich vereinen, ist eine sensitive Angelegenheit, aber letztlich nicht die zentrale: Um auf den Punkt zu kommen, es ist das mögliche Entstehen eines deutsch sprechenden, wirtschaftlich vereinten Blocks von insgesamt 90 Millionen Menschen, der Europas Wirtschaft dominieren würde. Man muß nicht Hitlers Geist beschwören, um die Gefahren dieses Trends zu entdecken. Wenn Westdeutschland nicht in eine weitere internationale Gemeinschaft eingebunden ist, wird es dem längerfristigen Druck innerhalb des Landes in Richtung eines ›Alleingangs‹ – den eigenen Weg zu gehen und Österreich und Ost-*

19 Nigel Hawkes, »Fatherland«, a.a.O. (Anm. 11).
20 Ebenda.
21 Ebenda.
22 Hugh Trevor-Roper, »On the Unification of Germany«, in: The Independent Magazine, 17. 6. 1989.
23 Ebenda.

deutschland in seine Umlaufbahn zu ziehen – schwer widerstehen können. Während 40 Jahren hat die NATO als Kette gedient. Eine neue Leine wird benötigt; die einzige, die zur Verfügung steht, ist die EG.«[24]

Kann man den Deutschen trauen? Viele der zitierten Meinungen, die in den letzten Monaten in der britischen Presse zu lesen waren, lassen Zweifel aufkommen, ob »die Briten« dies tun. Die Gründe hierfür sind, wie nicht anders zu erwarten, vielschichtig. Es gibt eine unterliegende historische Erfahrung mit »den Deutschen«, die eng verknüpft ist mit der Frage eines deutschen Nationalstaates und seiner Rolle in der Mitte Europas. Und es gibt eine alte Angst vor deutschem Romantizismus, Irrationalismus und deutschem Nationalismus. Das Problem sei, so meint Roger Scruton, daß *»Deutschland zu lange mit der Belastung seiner Schuld gelebt hat und beginnt, ein allgemeines, unausgesprochenes Bedürfnis nach Wiederauferstehung zu spüren. Und deutsche Wiederauferstehung war generell schlecht für die deutschen Nachbarn. Deutsche Kultur mag der Glanz Europas gewesen sein, aber deutscher Nationalismus war sein Fluch.«*[25] Daß sich die Deutschen selbst nicht mehr sicher sind, wohin der Weg geht, und was ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen sind, scheint gelegentlich in Reportagen aus der Bundesrepublik auf.[26]

Die Diskussion über Deutschland hat auch eine Menge damit zu tun, daß Großbritannien nach zehn Jahren Thatcher-Regierung sowohl vor einer Reihe schwerwiegender innergesellschaftlicher Probleme steht als auch nach einem neuen Selbstverständnis im internationalen Feld sucht. Die nationale Euphorie nach dem Falkland/Malvinas-Krieg ist verflogen, und es macht sich das Gefühl breit, daß das Land immer mehr an den Rand gedrängt wird. Es geht die Rede vom Ausverkauf des Landes um, und die Furcht wächst, daß Großbritannien auf dem Wege zu einem Schwellenland sei, wenn es nicht eine neue Anstrengung unternehme, sich in den mainstream europäischer Entwicklung einzureihen.

Alle diese Elemente mögen eine entscheidende Rolle spielen, wenn über die wirtschaftlich prosperierende und politisch erstarkte Bundesrepublik und die Deutschen geschrieben wird. Die Westdeutschen sind, so lautet das allgemeine Urteil, zur wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Macht in Europa geworden, und ihre Rolle wird im Zuge der Ost-West-Entspannung noch bedeutender, während die Bedeutung Großbritanniens immer mehr abnehme – nicht zuletzt dank der europafeindlichen Haltung von Frau Thatcher. (Die britische Presse hat sich genüßlich über die Zusage von Präsident Bush mokiert, der in Mainz den Deutschen und in London den Briten mit den gleichen Worten bedeutet hat, daß es eine *»special relationship in decision«* mit den USA gebe).

Das Verhältnis zu den Deutschen ist, das zeigt die Lektüre der Presse in den letzten Monaten, eher unterkühlt und von Vorsicht bestimmt, in die sich gelegentlich Argwohn mischt. Kein anderer Kommentator mochte so weit gehen wie Roger Scruton, der Deutschland als Vakuum im Herzen Europas bezeichnet, als *»ein Grab, in dem die Gebeine Preußens einst begraben wurden und aus dem der Geist eines geschundenen Volkes immer wieder erscheint und nach Vergeltung und Erlösung ruft«.* Das Verlangen der Deutschen, die Waffen wegzuwerfen, *»basiert auf ihrer Schuld; ihr Wunsch nach Einheit hat seinen Grund in der auferlegten Teilung; ihre Hoffnung, Mitteleuropa zu beherrschen, beruht auf einer naiven Nichtanerkennung der Machtverhältnisse. Nichtsdestotrotz sollten wir in diesen Dingen etwas von dem exorbitanten Geist erkennen, der aus Hitler sprach: der sehnliche Wunsch, das geduldige Geschäft der Politik in den Stand der Gnade und Harmonie zu heben. Wie immer sind wir es, die den Preis zahlen müssen. Die einzige Frage ist, welche Schritte wir unternehmen, um den Preis zu mindern. Oder sind wir dabei, wie vor 50 Jahren, zu warten, bis die Katastrophe über uns kommt?«*[27]

Dies ist, ohne Zweifel, eine extreme Meinungsäußerung, und man könnte sie zu den Akten legen, äußerte sich hier nicht in besonders schar-

24 Peter Kellner, »Keeping the Germans on a leash«, a.a.O. (Anm. 3).
25 Roger Scruton, »Don't trust the Germans«, a.a.O. (Anm. 1).
26 W.L.Webb, »American Angst has the Germans puzzled«, in: The Guardian, 23. 5. 1989.
27 Roger Scruton, »Don't trust the Germans«, a.a.O. (Anm. 1).

fer Form ein Unbehagen, das häufig anzutreffen ist, wenn man die Debatte über Deutschland und die Deutschen in Großbritannien verfolgt. Man macht es sich zu einfach, kritische Äußerungen mit den verletzten Gefühlen einer einstigen Weltmacht und einer der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erklären zu wollen. Auch wenn man die innenpolitische Dimension der Diskussion über die Deutschen mit ins Kalkül zieht, bleibt als entscheidendes Element, das eine solche Debatte unumgänglich macht, die Frage nach der Zukunft der Bundesrepublik und der DDR in einer neuen politischen Ordnung in Europa und der westlichen Gemeinschaft. Wenn das gemeinsame europäische Haus – in welcher konkreten Form auch immer – Wirklichkeit werden sollte, werden die Bundesrepublik und die DDR anders aussehen als heute. Was aus deutscher Sicht ausschließlich positiv erscheinen mag, hat aus britischer Sicht eine Reihe unangenehmer Begleiteffekte. Viele Briten fürchten *»die reale Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden«*. Wenn die Bundesrepublik nicht mehr länger *»das äußerste Ende von West-Europa darstellt – die Frontlinie, hinter der die versklavten Nationen des Ostens liegen«*, dann wird sich zeigen, *»daß sie jetzt durch die Geographie und durch Neigung hervorragend geeignet ist, das Zentrum eines neuen und weiteren Europa zu werden.«*[28] Thomas Mann hat 1949 zum 200. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes bedauert, daß es der *»europäische Demokratismus«* in Deutschland nie zu Ansehen und politischer Macht gebracht habe. Noch sind nicht alle unsere Nachbarn davon überzeugt, daß dies heute der Fall ist. Um so mehr gilt die damals sehr pathetisch formulierte Hoffnung und Forderung Thomas Manns: Das europäische Deutschland ist *»dasjenige, in dem sich leben läßt, das der Welt nicht Furcht, sondern Sympathie erregt, weil es teilhat an der demokratischen Menschheitsreligion«*.[29]

28 Nigel Hawkes, »Fatherland«, a. a. O. (Anm. 11).
29 Thomas Mann, »Goethe und die Demokratie«, in: ders., Politische Schriften und Reden, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1968, S. 214.